

Interview mit der tin*Rechtshilfe

Ich heiße René_ Rain Hornstein, mein Pronomen ist er im Genitiv ems. Ich bin 38 Jahre alt und Diplom-Psycholog*in. Und promoviere in Psychologie und Trans Studies und bin derzeit tätig als geschäftsführende Person der tin*Rechtshilfe und habe die tin*Rechtshilfe mit aufgebaut.

Was ist die tin*Rechtshilfe und worin besteht eure Arbeit?

Die tin*Rechtshilfe ist ein Verein, das steht für trans, inter, nicht-binäre Rechtshilfe und wir sind seit 2024 ein eingetragener gemeinnütziger Verein. Vorher waren wir eine Gruppe ohne Rechtsform. Und wir sind ein Verein, der Beratung anbietet für trans, inter, nicht-binäre Menschen oder ihre Zugehörigen, die ihre Rechte verletzt sehen und dazu eine erste Einordnung wünschen rechtlich oder eine Vermittlung an andere Rechtsanwält*innen wünschen sich informieren wollen, welche Möglichkeiten sie haben, ihre Rechte durchzusetzen.

Und unser Verein unterstützt auch ausgewählte Personen bei ihren Prozessen. Also der Großteil der Arbeit ist tatsächlich Beratungsarbeit, aber es gibt eben auch einen Teil der Arbeit, der sich auf die Begleitung von Prozessen konzentriert, wo wir Menschen in den Gerichtssaal begleiten und Öffentlichkeitsarbeit zu ausgewählten Fällen machen.

Und außerdem sind wir im Lobbyregister des Deutschen Bundestages eingetragen und machen in dem Sinne Lobbyarbeit, dass wir die Bundesregierung und das Parlament begleiten und kritisieren und kommentieren, wenn eben Gesetzentwürfe geschrieben werden, die trans, inter, oder nicht binäre Menschen berühren.

Wir kommentieren auch Gerichtsurteile diesem thematischen Feld und treten sozusagen als Sprachrohr von Community-Interessen auf, eben auch gegenüber der allgemeinen Medienlandschaft in Deutschland.

Warum habt ihr die tin*Rechtshilfe gegründet?

Einer der Gründungsimpulse der tin*Rechtshilfe war, dass wir die Einschätzung hatten, vor allem unter einer jahrzehntelang konservativ geführten Bundesregierung, unter Angela Merkel, dass es wenig wahrscheinlich ist, dass es gesetzliche Reformen proaktiv im Interesse von trans, inter und nicht-binären Menschen durch die Bundesregierung geben wird.

Und dementsprechend wenn es gesetzliche Verbesserungen geben sollte, dass die eben über Prozesse herbeigeführt werden, dass eben Gesetze durch das Verfassungsgericht oder durch Einschätzung des EuGH, zum Beispiel des Europäischen Gerichtshofes, in Teilen für überarbeitungswürdig erklärt werden und sozusagen an die Gesetzgebung zurückgespielt werden, dass die da verbessert werden müssen.

So ist zum Beispiel das Transsexuellengesetz in den letzten 40 Jahren zurechtgeklagt worden. Es wurde dann am Ende als Gesetzesruine bezeichnet, weil viele diskriminierende Regelungen außer Kraft gesetzt wurden durch Prozesse, die vor allem trans Personen geführt haben.

Dafür wollten wir eben einen Verein aufbauen, der solche Prozesse anstößt und begleitet und eben die Rechtsentwicklung voranbringt, aus dieser Analyse heraus, dass es diesen Stillstand gab. Dann gab es ja mal eine sozialdemokratisch geführte Regierung unter der Ampel, unter Olaf Scholz, und da haben wir dann gemerkt, wie es sein kann, wenn auch von der Bundesregierung versucht wird, die Interessen von trans, inter, nicht-binären Menschen über Gesetzgebung zu berücksichtigen und haben dann begonnen, auch Gesetzesentwürfe zu kommentieren und nicht nur uns auf die Prozessebene von Gerichtsprozessen zu konzentrieren.

Gleichzeitig ist es so, dass in meinem Aktivismus, zum Beispiel für die Rechte von trans Menschen an Hochschulen, ich gemerkt habe, dass es so eine gefühlte Rechtsrealität gibt, zum Beispiel von Rechtsreferendar*innen oder Referent*innen von Hochschulen oder von Wissenschaftsminister*innen, dass trans Menschen keine Rechte hätten.

Und es so einen unbegründeten sachlich falschen Pseudowissensstand bei diesen Jurist*innen gab, der sozusagen uns keine Rechte eingeräumt hat, insbesondere nicht das Recht, mit unseren Identitätsnamen Zeugnisse zu erhalten von den Hochschulen oder Semestertickets oder Student*innenausweise. Das war mir dann deutlich, dass erstens viele Jurist*innen kein Wissen haben über unsere Rechte also dieses Rechtsgebiet Selbstbestimmungsrecht oder trans, inter, nicht-binäres Recht, dass das eben nicht bekannt ist.

Und ich wurde dann sehr geübt darin für diese Rechte zu argumentieren, aber habe auch eine gewisse Machtlosigkeit empfunden als Nicht-Jurist*in gegenüber diesen Rechtsreferent*innen, von diesen Institutionen, und habe gemerkt, wir brauchen Hilfe, wir brauchen Unterstützung von Jurist*innen, von Anwält*innen, die für uns argumentieren können und habe auch ein Netzwerk gegründet, in dem sich Anwält*innen, die in diesem Kontext sich auskennen, vernetzen, das die tin* Rechtshilfe unterstützt und in dem sozusagen das Wissen gebündelt wird in diesem Rechtsgebiet, um dann ganz konkret auch trans, inter und nicht-binäre Menschen bei Prozessen begleiten zu können und überhaupt erstmal Beratung anbieten zu können, zu sagen, "du hast Rechte hier sind die Urteile auf die sich das stützt, hier sind die Gesetze, auf die sich das stützt, so und so kannst du argumentieren".

Und nachdem wir erste Prozesse gewonnen haben, habe ich festgestellt dass wir eine sehr große Signalwirkung haben, dass unsere Arbeit vielen trans, inter, und nicht-binären Menschen Hoffnung gibt und auch Menschen dazu inspiriert für sich selber und ihre Rechte zu kämpfen. Also unsere Siege haben trans, inter, nicht-binäre Menschen noch aufmüpfiger gemacht und noch renitenter gemacht und streitbarer, sodass wir mehr auf unsere eigenen Grenzen achten und darauf pochen, dass auch die eingehalten werden.

Sodass die Notwendigkeit für so eine tin*Rechtshilfe auch darin liegt, einzelne trans, inter, nicht-binäre Menschen zu empowern für sich selber zu streiten. Und dabei unterstützen wir.

In welchen Bereichen erleben tin* Personen trotz bestehender Gesetze weiterhin Diskriminierung?

Ja, es gibt verschiedene Bereiche, in denen das stattfindet. Ein großer Bereich ist die Übernahme von Kosten für Gesundheitsleistungen, zum Beispiel für geschlechtsaffirmierende Transitionsmaßnahmen.

Da ist eigentlich mittlerweile leider Usus, dass sich die Menschen mit den gesetzlichen Krankenkassen streiten müssen und da auch in eine Rechtsstreitigkeit gehen müssen, damit ihre Maßnahmen finanziell übernommen werden. Das ist oft sehr langwierig und sehr stressig. Und da wird auch nicht mit dem Stand der Medizin oder mit dem Stand der Rechte sozusagen von den Krankenkassen aus agiert. Also aus meiner Sicht ist das schon eine unlautere Praxis um Kosten sozusagen zu sparen. Aber das hat nichts mit der Rechtsrealität von tin* Menschen zu tun. Das ist das eine sehr große dringende Gebiet wo es wirklich auch viel Leid gibt und das eine immense emotionale und psychische Bedeutung für die Menschen hat, ihre Transitionsmaßnahmen durchführen zu können.

Dann gibt es den Bereich Arbeitsmarkt und den Wohnungsmarkt, also da geht es dann darum, Stellen nicht erhalten zu haben oder Wohnraum nicht erhalten zu haben unter Verweis auf die Geschlechtsidentität von Personen.

Und es gibt den Bereich der Meinungsäußerung, wo eben Plattformen, die in gewisser Weise der Presse zuzurechnen sind, aber presseethische Standards nicht erfüllen, trans Menschen, trans inter und nicht- binäre Menschen verunglimpfen und schmähen und misgendern und deadnamen, also die abgelegten alten Namen wieder hervorkramen, und sie einem falschen Geschlecht zuordnen und sie herabwürdigen. Das ist gerade sehr intensiv, was da abgeht leider und dann haben wir den Bereich, dass Menschen Zeugnisse, also Hochschulzeugnisse oder Schulzeugnisse oder Abschlüsse von Ausbildungen auf ihre Identitätsnamen ausgestellt sehen wollen und in einer Weise formuliert sehen wollen, die sie nicht dem falschen Geschlecht zuordnet. Da gibt es noch sehr viel Nachholbedarf obwohl das Selbstbestimmungsgesetz in Kraft getreten ist.

Es gibt immer noch Menschen, die gesetzlichen Namen noch nicht geändert haben, aber trotzdem ein Zeugnis auf ihren Identitätsnamen wünschen. Und viele Institutionen stellen auch nur binäre Zeugnisse aus, also nur für männliche oder weibliche Personen und nicht geschlechtsneutrale oder nicht binär formulierte Zeugnisse.

Dann gibt es diesen ganzen Bereich, sich mit den Standesämtern umzuschlagen, wenn Personen über das Selbststimmungsgesetz ihren Namen und ihren Geschlechtseintrag ändern wollen, dass dann die Standesämter zum Beispiel bestimmte Namen nicht akzeptieren und dann die nicht zulassen oder bestimmte Namenskombinationen nicht zulassen.

Und es gibt den Bereich, dass Eltern nicht als solche mit ihrem Identitätsgeschlecht als Vater zum Beispiel in die Geburtsurkunde des Kindes, das sie geboren haben, eingetragen werden können oder mit ihren alten Deadnames da eingetragen werden müssen. Also da gibt es noch sehr viel Nachholbedarf auf gesetzgeberischer Ebene, aber solange das nicht nachgeholt wird, werden dann eben auch ganz konkrete Gerichtsverfahren geführt werden müssen gegen die Behörden, um da für unsere Rechte einzutreten.

Wie wirken sich politische Debatten zum Beispiel über das Selbstbestimmungsgesetz, auf eure Arbeit und auf die Sicherheit von Betroffenen aus?

Also ich stelle fest, dass es einen transfeindlichen Diskurs gibt, der spätestens angefangen hat mit dem Interview des damaligen Justizministers Marco Buschmann bei der "Zeit", wo er über trans Frauen in Frauensauen gesprochen hat. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gibt es sehr viel organisierte Hetze gegen trans Personen insbesondere gegen trans Frauen.

Also der Großteil der transfeindlichen Äußerungen richtet sich auf trans Frauen, die als "Männer in Frauenkleidung" diffamiert werden und denen immer Täter*inneneigenschaften zugeschrieben werden, zum Beispiel Vergewaltiger*innen zu sein oder übergriffig zu sein. Also diese Verbindung von Sexualstraftäter*innen und trans Frauen wird sehr eng gezogen und ist eine ganz klassische transfeindliche Diskursfigur, die eben durch den Justizminister selber, der uns ja eigentlich schützen soll und das Grundgesetz auch schützen soll, losgetreten wurde.

Und das ist seitdem nicht eingefangen worden. Also das wird eher schlimmer. Der Bundeskanzler spricht dann davon, dass der Bundestag kein "Zirkuszelt" ist. Die Bundestagspräsidentin will keine Regenbogenflaggen erlauben für die Bundestagsbeflaggung zu ausgewählten Community-Feiertagen und lässt die Bundestagspolizei Büros von Abgeordneten durchsuchen ob da Regenbogenflaggen hängen und die dann abnehmen.

Also das ist ein Klima der Diffamierung, Verunglimpfung, Lächerlichmachung und Einschüchterung, das auf der großen medialen Bühne stattfindet und in viele kleine Diskurse auch einsickert und eben Menschen ermutigt, Menschen, die eh schon transfeindliche Einstellungen hatten, ermutigt die auch in Wort und Tat umzusetzen und trans Menschen zu beleidigen, zu belästigen oder auch zu gewaltvoll zu misshandeln mit körperlicher Gewalt.

Das heißt, wir stellen fest, dass es einen erheblichen Anteil an Hassrede im Internet gibt. Gegen trans, inter, nicht-binäre Personen, also gegen auch konkrete Personen, die sich öffentlich äußern.

Zum Beispiel gab es im letzten Bundestag die Abgeordnete Tessa Ganserer, die eine intensive Hetzkampagne erlebt hat gegen ihre Person, die sich sehr stark auch daran orientiert hat, über ihr Äußeres zu sprechen und ob sie weiblichen Geschlechterrollen und Normen entspricht oder nicht. Und die zum Beispiel nicht noch einmal für den Bundestag kandidiert hat; mit dieser transfeindlichen Erfahrung.

Und das heißt, es ist auch eine konkrete gesellschaftliche Partizipation gefährdet von uns trans Personen sowohl was solche Ämter angeht als auch was einfach die öffentliche Meinungsäußerung angeht. Ja, ich würde sagen, es gibt eine erhöhte Aufmunterung und Ermutigung und Motivation von Meinungsführer*innen, von Politiker*innen, von Personen mit öffentlicher Präsenz die

Gewalt ermutigt gegen trans Personen und das sich dann auch in unserer Beratungspraxis, dass dann mehr Menschen Gewalt erleben, Hassrede erleben, also teilweise auch Verfolgung erleben und dann nicht mehr in ihre Wohnung sicher sind und fliehen müssen und dann zu ihren Eltern fliehen und dann die da auch nicht mehr sicher sind.

Also da haben wir schon sehr krasse Geschichten erlebt.

Wie läuft eine Beratung bei euch ab?

Wir bieten im Moment nur E-Mail-Beratung an. Das heißt, Menschen schreiben uns eine E-Mail. Wir haben auf unserer Webseite ein paar Fragen vorbereitet, die wir Menschen vorschlagen zu beantworten wenn sie uns ihre erste E-Mail schreiben, zum Kontext ihrer Situation, zu dem Fall, um den es geht, damit wir das besser einordnen können und nicht so viele Rückfragen stellen müssen.

Und das wird dann meistens durch eine Honorarkraft mit einer ersten Einschätzung versehen und wenn es ein komplexerer Fall ist, wird es durch Volljurist*innen auch, die ehrenamtlich für uns arbeiten und überlastet sind - also wir brauchen mehr juristische Unterstützung und auch mehr Finanzierung - durch Volljurist*innen eingeschätzt.

Das heißt, es gibt eine juristische Einschätzung und eine Empfehlung oder Aufzählung von Handlungsmöglichkeiten, bei Bedarf können wir auch Namen von Anwalt*innen in dem Rechtsgebiet nennen und ja, also es ist einfach eine E-Mail-Beratung. In wenigen einzelnen ausgewählten Fällen entscheiden wir uns in Absprache mit den Personen, die bei uns Rat suchen, dass wir einen Fall intensiver begleiten. Das heißt, wir helfen Person eine Anwältin zu finden. Und begleiten die Personen in die Gerichtsverhandlungen, organisieren Unterstützung emotionaler Art und sozialer Art zu diesen Terminen, zu diesen Gerichtsterminen, helfen bei der Öffentlichkeitsarbeit, führen Interviews mit Medien zu diesem Gerichtsverfahren und beraten die klagenden Personen.

Gibt es Fälle oder Situationen, die für euch besonders prägend waren?

Ja, es gibt verschiedene Fälle, die hier anzuführen sind. Einerseits ist hier zu nennen unsere größte Niederlage vor dem Bundessozialgericht. Vor einigen Jahren, wo es darum ging, dass eine nicht-binäre trans Person die Kosten ihrer Mastektomie von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen haben wollte und das Bundessozialgericht mit seiner eigenen jahrzehntelangen Rechtsprechung gebrochen hat und generell die Finanzierung von Transitionskosten von trans Personen, binären trans Personen und nicht-binären trans Personen, infrage gestellt hat.

Und seitdem braucht es eine gesetzliche Regelung dringend, seitdem finanzieren Krankenkassen fast gar nicht mehr Transitionskosten, obwohl das Bundessozialgericht in dem Urteil gesagt hat, dass Vertrauensschutz gilt und die Krankenkassen die bisherige Praxis erstmal fortführen sollen, bis es eine gesetzliche Regelung gibt. Das setzen die aber so nicht um. Das heißt, das hat zu einer massiven Verschlechterung der Situation geführt. Das ist eben auch ein Risiko wenn mensch vor Gericht geht, dass mensch da auch verlieren kann. In diesem Fall hat es dann eben die ganze Community getroffen.

Ein positives Beispiel ist unser Verfahren gegen die Deutsche Bahn. Wo ich als nicht-binäre Person ein Ticket kaufen wollte und gezwungen war, beim Online-Kauf des Tickets im Internet mich mit der Anrede "Herr" oder "Frau" anreden zu lassen und nicht ohne diese Anrede auszuwählen ein Ticket kaufen konnte. Also ich wurde gezwungen eine falsche Angabe zu machen. Und mich selber zu misgendern. Und dieses Verfahren hat sich sehr in die Länge gezogen hat extrem viele mediale Aufmerksamkeit bekommen und wurde zu meinen Gunsten entschieden, sodass die Bahn ihre Software umprogrammieren musste und seitdem auch neutrale Anreden anbietet. Und ihr gesamtes System auch umgestellt hat nicht nur beim Ticketkauf auch bei der Korrespondenz mit Kund*innen neutrale Anreden eingeführt hat.

Und das ist eine Art Leuchtturmfall, der eine grundsätzliche ausstrahlende Wirkung hatte, der deutlich gemacht hat für den deutschen Rechtsraum, dass Unternehmen nicht-binäre Menschen nicht misgendern dürfen. Und der auch international andere Fälle inspiriert hat, zum Beispiel eben ein ähnliches Verfahren gegen die französische Bahn, das von dem Europäischen Gerichtshof sogar betrachtet wurde, dieses Verfahren, und wo der Europäische Gerichtshof eine sehr weitreichende Entscheidung gefällt hat, die die Rechte von nicht-binären trans Personen gestärkt hat, nicht misgendert zu werden, auch in Rechtsordnungen, die keine nicht-binären Geschlechter kennt, wie die französische, wo es bisher nur männliche und weibliche Einträge gibt. Und ja, also die Strahlkraft von diesem Gerichtsverfahren und diesem Gerichtsurteil ist sehr weit gewesen, sowohl in die rechtliche Landschaft in Deutschland als auch in die Community, dass viele Menschen davon inspiriert wurden, für ihre Rechte zu kämpfen. Ich weiß zum Beispiel von einer Lehrkraft, die geschrieben hat, dass sie seit meinem ersten Sieg vor dem Landgericht Frankfurt am

Main gegen die Deutsche Bahn, sich bei ihren Schüler*innen als nicht binär geoutet hat und sich von den Schüler*innen, wenn die in den Klassenraum kommen und guten Morgen, Herr oder Frau Nachname sagen, nicht mehr misgendern lässt, sondern denen eine neutrale Anrede beigebracht hat und jetzt als nicht-binäre Lehrkraft aufgetreten ist und sich geoutet hat. Das ist ein nicht materieller Effekt von diesem Verfahren, der mir sehr wichtig ist, der für Empowerment in der Community und für Sichtbarkeit spricht. Das heißt, mit diesem Verfahren habe ich als nicht-binäre Person, ich war da die Kläger*in, auch eine große mediale Sichtbarkeit erfahren und dadurch wurden die Anliegen von nicht-binären Personen, nicht misgendert zu werden, auch noch viel allgemeiner bekannter.

Was wünscht ihr euch von Bildungsangeboten wie diesem E-Learning? Was wäre aus eurer Perspektive wichtig, das Lernende mitnehmen?

Also ich finde es wichtig zu verstehen, in welchen Bereichen trans, inter, und nicht-binäre Menschen Diskriminierung erfahren. Das sind auch unterschiedliche Bereiche. Das ist zwischen den Gruppen unterschiedlich das ist zwischen binären und nicht-binären trans Personen unterschiedlich, das ist zwischen intergeschlechtlichen Personen und nicht-intergeschlechtlichen Personen, sogenannten endogeschlechtlichen Personen unterschiedlich, also da sich Wissen anzueignen über unsere Lebensrealitäten und auch darüber, wie wir in gesellschaftlichen Strukturen diskriminiert werden, um dann eben da auch sich äußern zu können.

Und wenn diese Diskriminierungen wahrgenommen werden, die kritisieren zu können oder auch gegen die vorgehen zu können. Und entsprechend auch Wahlentscheidungen für Parteien zu fällen, die gegen diese Diskriminierung vorgehen wollen und nicht diese Diskriminierung verschärfen wollen. Das ist ganz wichtig.

Wir brauchen gesetzliche Reformen insbesondere im Antidiskriminierungsrecht, aus meiner Perspektive, aber auch in vielen anderen Rechtsgebieten im Abstammungsrecht zum Beispiel. Da ist noch ganz viel unerledigt. Es gibt zwei nicht-binäre Geschlechtseinträge aber das Recht ist noch nicht nicht-binär inklusiv durchstrukturiert worden. Also wir haben einen Teil des Rechts, der nicht binär ist und einen anderen Teil, der noch absolut binär ist und das steht so nebeneinander und da muss noch viel Reform passieren und dafür brauchen wir eben politische Veränderungen und ich wünsche mir eben von Verbündeten, dass sie auch für diese politische Veränderung durch ihre Wahlentscheidung eintreten aber auch vielleicht Parteien konkret mit ihrem Engagement unterstützen.

Oder sich engagieren für Community-Verbände, denen Geld spenden oder denen Sichtbarkeit verhelfen indem Social-Media-Posts repostet werden, unsere Anliegen noch sichtbarer zu machen. Ich finde es wichtig, dass Verbündete wissen, dass sie nicht persönlich betroffen sein müssen, um zu protestieren. Also ich kann auch gegen einen Missstand mich aussprechen ohne davon persönlich betroffen zu sein. Ich kann sagen, hier, Sie bieten nur binäre Anreden an, was soll das? Bitte ändern Sie das. Sie bieten hier nur binäre Umkleiden oder Toiletten an.

Bitte ändern Sie das. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der nicht-binäre Menschen diskriminiert werden. Das stört mich persönlich als binäre cis Person auch. Bitte verändern Sie hier Ihre Strukturen. Also diese Forderungen können auch nicht betroffene Personen erheben. Und das macht unser Leben leichter, wenn nicht nur wir für uns selber diese Forderungen erheben müssen, sondern eben auch Personen, die davon nicht negativ betroffen sind.

Interview: Ulla Scharfenberg

Lizenz: CC-BY-ND-NC 4.0